



11.06.2014: 7. Juni 1984 -

Europawahlkampf in Italien. Der Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI) Enrico Berlinguer spricht auf einer Kundgebung in Padua. Nur mit Mühe steht er die Rede durch. Zurück im Hotel fällt der 62jährige ins Koma. Gehirnschlag. Vier Tage später, am 11. Juni 1984, ist einer der innovativsten und populärsten Kommunisten der jüngeren Geschichte tot. Zu seiner Beerdigung kommen 1,5 Millionen Trauernde. Sechs Tage nach seinem Tod triumphiert die Partei bei der Europawahl: Erstmals wird sie vor den Christdemokraten stärkste Partei.

Ein Schüler Togliattis

Im August 1943 schloss sich der Jurastudent Enrico Berlinguer der verbotenen PCI an, wegen "versuchten Umsturzes der staatlichen Ordnung" wurde er 1944 drei Monate im Zuchthaus von Sassari (Sardinien) inhaftiert. Nach Abbruch des Jurastudiums arbeitet er ab 1944 hauptamtlich im Parteiapparat. Er gehörte zu jenem Kreis junger Leute aus traditionsreichen bürgerlich-liberalen Familien, die der damalige Generalsekretär der PCI, Palmiro Togliatti, für die Kommunistische Partei gewinnen wollte. Mit der Öffnung der Partei für Mitglieder aller sozialen Schichten, die bereit waren, das auf ein sozialistisches Italien gerichtete Programm der Partei anzuerkennen, ging es Togliatti darum, die PCI zu einer mehrheitsfähigen, gesamt nationalen Kraft zu machen. Togliatti bestand auf dem „Recht“ der Partei, „an der Schaffung eines neuen Italiens teilzunehmen.“ Dazu war eine „neue Partei“ erforderlich, „die ihre entscheidenden

Kräfte aus der Arbeiterklasse schöpft, der sich die besten Elemente der fortschrittlichen Intelligenz, die besten Kräfte der bäuerlichen Klassen anschließen und die deshalb in sich alle Kräfte und alle Kapazitäten eint, die notwendig sind, um die großen Massen der Arbeiter und Werktätigen im Kampf um die Befreiung und den Wiederaufbau Italiens zu führen.“ Als notwendig betrachtete er eine Partei, die „sich nicht mehr nur auf Kritik und die Propaganda beschränkt, sondern die Einfluss nimmt auf das Leben des Landes, ... die fähig ist, in ihrer Organisation und in ihrer täglichen Arbeit jene tiefgreifenden Veränderungen durchzusetzen, die in der Stellung der Arbeiterklasse in Bezug auf die Probleme des nationalen Lebens erfolgt sind.“



Enrico Berlinguer wurde von diesem Partei- und Strategieverständnis geprägt und führte die Politik des legendären KP-Führers Togliatti fort, als er 1969 zum stellvertretenden Generalsekretär an der Seite Luigi Longos und 1972 zum Generalsekretär der PCI gewählt wurde. Zuvor war er 1950 zum Vorsitzenden des Kommunistischen Jugendverbandes (FGCI) gewählt worden und übernahm in dieser Eigenschaft auch 1952 den Vorsitz des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ).

PCI und KPdSU

Bereits unter der Führung Togliattis hatte sich die PCI kritisch mit dem Stalinismus und dessen Behandlung in der KPdSU auseinandergesetzt. Togliatti hielt die Reduzierung auf den „Personenkult“ um Stalin für falsch und stellte die Frage nach den systembedingten Ursachen der entstandenen Situation in den sozialistischen Ländern. Nach den Konflikten in Ungarn und Polen im Jahr 1956 forderte Togliatti eine ernsthafte Selbstkritik jener Parteien, die der veränderten Situation und den anstehenden Reformforderungen nicht gewachsen waren. „Sowohl in Polen wie in Ungarn befinden sich die Führungen von Partei und Staat in einem unbegreiflichen Rückstand in der Wahrnehmung der Notwendigkeit. Jene Veränderungen durchzuführen und jene Maßnahmen zu ergreifen, die die Situation erfordern, sowie die substanziellen Fehler zu korrigieren, die die bisher befolgte Linie des Vormarsches zum Sozialismus durchdringen.“ Er lehnte den Führungsanspruch einer KP in der internationalen kommunistischen Bewegung ab und bestand auf der Gleichberechtigung aller Parteien. Diese Positionen hatten nachhaltigen Einfluss auf Berlinguer.

1964 leitete er die Delegation der italienischen Kommunisten, die in Moskau Aufschluss über die Gründe des Chruschtschow-Sturzes und den künftigen Kurs der KPdSU erfahren wollte. In einem Interview mit dem SPIEGEL sagte er zu den Meinungsverschiedenheiten mit der KPdSU: „Zu den Problemen, über die unsere Auffassungen auseinandergehen, gehört beispielsweise die Frage, wie die Demokratie im sowjetischen System entwickelt werden soll. Außerdem gibt es bekanntlich weitere Differenzen über Probleme der internationalen kommunistischen Bewegung, zum Beispiel über die Art, die chinesischen Positionen zu bekämpfen, oder über die Zweckmäßigkeit einer internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien zum gegenwärtigen Zeitpunkt.“ Er betonte zu diesem Zeitpunkt allerdings: „Unsere Meinungsverschiedenheiten mit den sowjetischen Genossen sind nicht derart, dass das

grundsätzliche gegenseitige Verständnis und die Freundschaft zwischen unseren beiden Parteien davon berührt würden, Doch es gibt Meinungsverschiedenheiten. Das geht deutlich aus dem Memorandum Togliattis hervor, und das haben auch unsere Gespräche in Moskau gezeigt.“ (DER SPIEGEL 46/1964)

Blockkonfrontation und Revolution

Die Differenzen verstärkten sich nach dem Einmarsch von Staaten des Warschauer Paktes in die CSSR im Jahr 1968. Die PCI hatte die Reformbemühungen der Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei grundsätzlich befürwortet und bestand auf der Nichteinmischung als Prinzip des Internationalismus. Der Einmarsch der verbündeten Truppen in die CSSR wurde „als ungerechtfertigt“ entschieden abgelehnt. Die PCI erklärte: „... dass wir nicht eine Konzeption teilen können, für die die Stärkung der Blöcke letzten Endes die Bedingung für Fortschritte auf dem Weg der Entspannung darstellt. Nach dieser Auffassung befinden wir uns in einer bipolaren Welt, und es gehe lediglich darum, die Existenz von zwei Führer-Staaten zur Kenntnis zu nehmen. Wir erkennen keinen Führer-Staat und keine führende Partei an.“

Die PCI rief die kommunistischen Parteien zu einer Initiative auf zur „Überwindung der Blöcke und .. den Kampf gegen den Imperialismus und für Frieden“. Denn nach Auffassung von Longo und Berlinguer bedeutete die Blocklogik, dass den Blockmitgliedern im Osten wie im Westen die souveräne Wahl eines nationalen Entwicklungsweges verweigert wurde. Für die KommunistInnen im Westen bedeutete demnach eine beiderseits anerkannte Stabilität der Blöcke, dass ihnen jede Chance für eine sozialistische Umwälzung genommen wurde. Dieses unterschiedliche Verständnis von friedlicher Koexistenz und Entspannung zwischen der KPdSU und den mit ihr verbündeten Parteien auf der einen Seite und der PCI auf der anderen hätte Thema einer Debatte und Verständigung werden müssen. Was aber nicht geschah. Für die kleinen kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Westeuropas stellte es auch keine praktische Herausforderung dar. Für die PCI– wie auch für die Französische KP – hingegen schon. Die PCI war zu einer Massenpartei angewachsen.

„Strategie der Spannung“

Indessen versuchten die Nato und die italienische Reaktion mit einer „Strategie der Spannung“ die öffentliche Meinung gegen die PCI zu manipulieren. Von den 1960ern bis in die 1980er Jahre inszenierten Mitglieder des italienischen Militärgeheimdienstes SISMI und der Geheimloge Propaganda Due (P2), Neofaschisten und das von NATO und CIA betriebenen Gladio-Netzwerk zahlreiche Terroranschläge und Morde. Ein Netzwerk geheimdienstlicher Stellen sorgte durch Verbreitung von Falschinformationen und Fälschung von Beweisen dafür, dass die Verbrechen linksextremen Terroristen zugeordnet wurden, vor allem den Roten Brigaden. Diese Vorgehensweise zielte auf die Diskreditierung der PCI, um deren Regierungsbeteiligung zu verhindern.

Als im Jahr 1976 der Wahlsieg der PCI sicher schien, war auch die Gefahr eines Militärputsches in Italien eine reale Gefahr. Wie dachten die Regierungen der Nato-Länder über einen Staatsstreich in Italien nach. Wie DER SPIEGEL später berichtete: „Dass die Briten erwogen, einen Staatsstreich italienischer Militärs verdeckt zu unterstützen, belegen Papiere aus dem Planungsstab, die der Publizist Mario J. Cereghino im Archiv in London gefunden hat. Auf diese Weise, so die Planer, »könnte die PCI aus der Regierung entfernt werden«. Der US-Geheimdienst hatte bereits im Vorjahr einen Putsch »für durchaus möglich« gehalten. Und der britische Militärattachée in Rom zählte im Frühjahr 1976 »den größten Teil« der Offiziere

politisch zur Rechten oder extremen Rechten.“ (DER SPIEGEL 9/2008)

Schlussfolgerungen aus Chile: Umgestaltung nur als Revolution der überwiegenden Mehrheit

Vor diesem Hintergrund hat sich Enrico Berlinguer vom Standpunkt einer KP, die in einem entwickelten kapitalistischen Land arbeitet, umfassend mit der Revolution und Konterrevolution in Chile befasst. Er zog weitreichenden Schlussfolgerungen für die Politik der PCI, um ihr ein chilenisches Schicksal zu ersparen und präzierte das von Togliatti ausgearbeitete Konzept eines italienischen Weges zum Sozialismus. Harald Neubert schreibt in seinem Buch „Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer“: „Sie (diese Überlegungen) sind auch aus heutiger Sicht als ein schöpferischer Beitrag zu einer zeitgemäßen marxistischen, einer demokratisch-sozialistischen Revolutionstheorie von Interesse.“

Der Putsch gegen den freige-



wählten

sozialistischen Präsidenten Salvador Allende im September 1973 sei möglich gewesen, so Berlinguers Vorwurf, weil Allende es versäumt habe, sich mit den gemäßigten patriotischen und katholischen Kräfte in Chile zu verständigen. Da es in Italien ähnliche Bedingungen wie in Chile gebe, sei eine vergleichbare Reaktion von Militärs und Rechtsextremen zu befürchten, sofern ein Linksbündnis die parlamentarische Mehrheit erringen würde. Daraus leitete Berlinguer die Notwendigkeit eines "neuen historischen Kompromisses" mit den Christdemokraten und der Kirche ab. Es gelte, so Berlinguer weiter, "eine breite klerikal-faschistische Front zu verhindern und demgegenüber die gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Zentrums auf konsequent demokratische Positionen zu führen".

Berlinguer: „Die wichtigste von uns zu lösende politische Aufgabe besteht also darin ..., die große Mehrheit des Volkes um ein Programm des Kampfes zur demokratischen Gesundung und Erneuerung der Gesellschaft und des Staates zu scharen und eine diesem Programm und dieser Mehrheit entsprechende Gruppierung politischer Kräfte zu schaffen, die imstande sind, es zu realisieren. Einzig und allein diese Linie kann die konservativen und reaktionären Gruppen isolieren und besiegen, die Demokratie fest und unüberwindlich machen und die Umgestaltung der Gesellschaft voranbringen. Nur auf diesem Weg kann man gleichzeitig bereits heute die Voraussetzungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und eines sozialistischen Staates schaffen, die die ungehinderte Ausübung und Entwicklung aller Freiheiten gewährleisten.“

Für Berlinguer bedeutete diese Strategie keineswegs ein harmonisches Hinüberwachsen in den Sozialismus: „Einen demokratischen Weg wählen heißt also nicht, sich in der Illusion einer ruhigen, erschütterungsfreien Evolution der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus zu wiegen. .. Der demokratische Weg zum Sozialismus ist eine – in Italien auf dem Boden der antifaschistischen Verfassung vollziehbare – progressive Umgestaltung der gesamten

wirtschaftlichen und sozialen Basis, der Werte und Leitideen der Nation, des Machtsystems und des Blocks sozialer Kräfte, in dem dies zum Ausdruck kommt. .. Die grundsätzliche Umgestaltung der Gesellschaft auf demokratischem Weg bedarf der Zustimmung in einem ganz präzisen Sinn: In Italien kann sich die Umgestaltung nur als Revolution der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vollziehen. Einzig unter dieser Bedingung können Zustimmung und Kraft miteinander verschmelzen und zu einer unbesiegbaren Realität werden.“

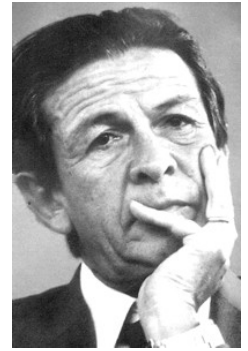
Berlinguer entwickelte die Notwendigkeit eines Bündnisses auf der Grundlage eines breiten „historischen Kompromisses“ mit all jenen Kräften, mit denen das Land zum Sozialismus geführt werden könne. Denn „selbst wenn die Linksparteien und die Linkskräfte 51 Prozent der Stimmen und Sitze im Parlament erringen könnten .. , wäre es völlig illusorisch anzunehmen, dass allein diese Tatsache Fortbestehen und Wirken einer Regierung der Linksparteien garantieren würde, die diesen 51 Prozent entspräche. Deshalb sprechen wir nicht von einer »Linksalternative«, sondern von einer »demokratischen Alternative«, das heißt von der politischen Perspektive einer Zusammenarbeit und Verständigung der kommunistisch und sozialistisch orientierten Volkskräfte mit den katholisch eingestellten Kräften des Volkes sowie mit anderen demokratisch orientierten Gruppierungen.“

Überraschenderweise behielten die Christdemokraten (DC) bei der Wahl 1976 mit 38,7 Prozent die Oberhand. Die PCI blieb mit 34,4 Prozent in der Opposition. Allerdings bedurfte die DC zur Regierungsbildung einer Verständigung mit der PCI. Es kam zu einer von der PCI parlamentarisch unterstützten Einparteienregierung der Christdemokraten, der „Regierung der demokratischen Solidarität“. Für Berlinguer eröffneten sich Möglichkeiten, die antikommunistische Blockade aufzubrechen und dem angestrebten „historischen Kompromiss“ näher zu kommen. In dieser Zeit eskalierten die von den Geheimdiensten der Nato und von der Geheimarmee Gladio gesteuerten Terroranschläge und begünstigten den Ausbau des Sicherheitsapparates. Einer der Wendepunkte war die Ermordung des DC-Politikers Aldo Moros am 9. Mai 1978. Mit Moro verlor die PCI den gewichtigsten Fürsprecher für eine Verständigung zwischen Christdemokraten und Kommunisten.

Die Weltwirtschaftskrise und der beginnende Übergang der kapitalistischen Länder zur Austeritätspolitik und zum Neoliberalismus nahmen der PCI jegliche Möglichkeit, neue soziale Errungenschaften für die arbeitende Klasse durchzusetzen. In der PCI wuchs die Kritik am Kurs von Enrico Berlinguer. Im Januar 1979 kündigte er die Teilnahme an der parlamentarischen Regierungsmehrheit auf und führt die PCI wieder in die Opposition.

Neue Wege zum Sozialismus

Auf dem 15. Parteitag im März 1979 fasste Berlinguer die Erfahrungen und sein Vorstellungen über die gesellschaftliche Umwälzung zusammen: „Wir haben nicht die Absicht, ein Modell vorzustellen, das alle anderen entwertet. Wir beziehen uns hingegen auf die historische Entwicklung des Sozialismus. Zunächst hatten wir die Erfahrungen der II. Internationale: die erste Phase des Kampfes der Arbeiterbewegung, um den Kapitalismus zu überwinden. .. Doch diese Phase führte zu einer dramatischen Krise und endete mit der Kapitulation gegenüber dem Ersten Weltkrieg und den Nationalismen. Die zweite Phase wurde eröffnet mit der russischen Revolution von 1917. Die Oktoberrevolution, das Denken und das Werk Lenins stellen eine Wasserscheide in der neuesten Geschichte und auf dem Weg der Menschheit dar. .. Vorgänge, von denen der weltrevolutionäre Prozess seinen Ausgang genommen hat. .. Wir sind



e Aufgabe, den weltrevolutionären Prozess auf neuen Wegen voranzubringen, indem man die Erfahrungen der beiden vorangegangenen Phasen in kritischer Prüfung in Rechnung stellt und nutzt.“

In einem Interview mit dem SPIEGEL sagt Berlinguer: „Seit Jahren vertreten wir ausdrücklich die Meinung, dass die sowjetische Gesellschaft kein nachahmenswertes Modell für Italien oder Westeuropa sei. In dem Dokument unserer Parteidirektion vom 30. Dezember 1981 über die Ereignisse in Polen stellen wir fest, dass der mit der Oktoberrevolution eingeschlagene Weg überzeugt, dass das Wesen heute in einer anderen Tatsache beruht. Es steht die seine erneuernde und revolutionäre Antriebskraft im Kampf um den Sozialismus verloren hat. Dennoch sehen wir die Oktoberrevolution nach wie vor als das größte revolutionäre Ereignis dieses Jahrhunderts an, nicht nur für Russland. Sie gab der Emanzipation der Arbeiter und der Befreiung unterdrückter Völker auf allen Kontinenten große Impulse. .. In den Ländern des Warschauer Paktes gibt es einen Teufelskreis: Wenn Reformen nicht mal ansatzweise angepackt werden, riskiert man, dass die Bedürfnisse nach solchen sozialen Veränderungen immer weiter ins Subversive abgleiten. Dies führt nur zu weiteren Verhärtungen. Die Konsequenz belastet die internationale Sicherheit. Es ist daher notwendig, dass Reformen ohne Verzögerung angepackt werden.“ (DER SPIEGEL 9/1982)

In einer Pressekonferenz im Dezember 1981 sagt er, „dass eine Phase der Entwicklung des Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution begann, gänzlich überwunden ist, dass es sich darum handelt, eine andere zu eröffnen, und sie zu eröffnen vor allem im kapitalistischen Westen. Diese neue Phase könnte maximal auch den Ordnungen im Osten in Richtung auf eine wirkliche Demokratisierung ihres politischen Lebens helfen. .. ist es notwendig, dass ein neuer Sozialismus im Westen, in Westeuropa Fortschritte macht, welcher unabdingbar auf den Werten und Prinzipien der Freiheit und der Demokratie gegründet ist.“

Eurokommunismus

Berlinguer sah sich in der Verantwortung, Wege aus der Krise des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung zu suchen. Für Enrico Berlinguer hatte „die Weiterentwicklung des Marxismus nicht Schritt gehalten mit den großen Veränderungen der Wirklichkeit der gegenwärtigen Welt, mit den verschiedenen Erfahrungen im Kampf und beim sozialistischen Aufbau und mit der politischen Praxis. Oft beschränkt man sich darauf, stereotype Formulierungen zu benutzen, mit Zitaten zu kämpfen und jede Position, die von der eigenen abweicht, willkürlich in dem einen oder anderen Sinne als revisionistisch zu etikettieren.“

In dem Interview mit dem SPIEGEL (DER SPIEGEL 9/1982) wendet er sich gegen die Dogmatisierung des Marxismus.

BERLINGUER: „Man muß zwischen Lenin und dem Leninismus unterscheiden. Lenin hat nie von Leninismus gesprochen, Stalin hat als erster versucht, den Leninismus zu kanonisieren, ihm eine dogmatische Form zu geben.“

SPIEGEL: Was nun Ihre Verdammung durch Moskau betrifft: Ihr Genosse Pajetta hat erklärt, es sei ihm nicht bekannt, daß es einen kommunistischen Vatikan gebe, und also gebe es auch keine kommunistische Exkommunikation. Aber ist die Moskauer Antwort auf Ihre Polen-Erklärung nicht eine Art Exkommunikation?

BERLINGUER: Teilweise ja. Die Feststellung des Genossen Pajetta umschreibt etwas Paradoxes: Wir können uns nicht vorstellen und stellen auch in Abrede, daß ein Sozialist an eine kommunistische Kirche glaubt, die ex cathedra feststellt, wer recht und wer unrecht hat, wer die Ungläubigen, die Ketzer und die Schismatiker sind. So etwas darf in der Arbeiterbewegung, die ja laizistisch ist, keinen Platz haben.

SPIEGEL: Moskau sieht das aber wohl anders.

BERLINGUER: Ja, leider müssen wir feststellen, daß in der sowjetischen Parteispitze zeitweilig die Neigung besteht, sich als höchster Richter der Orthodoxie zu fühlen.

Seit Togliattis Stellungnahme zum 20. Parteitag der KPdSU hatte die PCI immer wieder Vorschläge gemacht, um die kommunistische Bewegung grundlegend zu reformieren und die sozialistischen Staaten zu inneren politischen Reformen anzuregen. Ohne Erfolg. Nun suchte er die Kontakte mit anderen kommunistischen Parteien zu nutzen, vor allem zur Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) und der Französischen KP (PCF), um den Marxismus, die Sozialismustheorie und das Internationalismuskonzept entsprechend den neuen Anforderungen zu überprüfen und zu erneuern. In gemeinsamen Erklärungen formulieren diese Parteien ihre Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus, die sozialistische Ökonomie und die Frage Demokratie und Sozialismus. „Die Perspektive der sozialistischen Gesellschaft erwächst heute aus der Realität der Dinge und hat die Überzeugung zur Prämisse, dass sich der Sozialismus in unseren Ländern nur durchsetzen kann vermittels der Entwicklung und vollen Verwirklichung der Demokratie“, heißt es in der von Enrico Berlinguer (PCI) und Santiago Carillo (PCE) unterzeichneten Erklärung vom 11. Juli 1975.

Die von der KPdSU dominierte internationale kommunistische Bewegung erwies sich als diskussions- und erneuerungsunfähig, teils aus Furcht ihre Identität zu verlieren, teils aus sturem Dogmatismus und Ignoranz, weil sie nicht einmal das Problem erkannten, teils wollten sie das Wohlwollen Moskaus nicht auf das Spiel setzen. Sie lehnten das eurokommunistische Gedankengut als zersetzend und revisionistisch ab (siehe z.B. 9 - 14) . Die eurokommunistischen Parteien blieben isoliert.



Berlinguers Tod und der Zerfall der PCI

Berlinguer verstarb unerwartet im Alter von 62 Jahren am 11. Juni 1984. Mit seinem Tod endete

eine Entwicklung der PCI, die Harald Neubert die Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer nennt. Nach dem Tod Berlinguers schlug die PCI einen Weg ein, der vollständig mit ihrer vorherigen Politik brach. Die krisenhafte Entwicklung in den sozialistischen Ländern, die Modernisierungswelle der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren gesellschaftlichen Umbrüchen, auf die die Arbeiter- und kommunistische Bewegung bis heute keine adäquaten Antworten fand, zunehmender Wähler- und Einflussverlust setzen in der PCI nach Berlinguers Tod einen Prozess in Gang, in dem sie sich gänzlich vom „italienischen Weg zum Sozialismus“ und vom Erbe Gramscis und Togliattis lossagte. Im Februar 1991 wurde die Brücken zur kommunistischen Vergangenheit endgültig abgebrochen, die PCI offiziell aufgelöst und die Demokratische Partei der Linken gegründet. Mit der Partei der Kommunistischen Wiedegründung – Partito della Rifondazione Comunista PRC – und der Partei der italienischen Kommunisten - Partito dei Comunisti Italiani PdCi – sind zwar die italienischen Kommunisten nicht von der politischen Bühne des Landes verschwunden, aber sie sind tief zersplittert und in ihrem Einfluss nicht mit der PCI zu vergleichen.

Mit der Europawahl 2014 und der gemeinsamen Liste „[l'Altra Europa con Tsipras](#)“ könnte es wieder zu einem Aufschwung antikapitalistischer und kommunistischer Politik in Italien kommen. Auch angesichts der Entwicklung in Griechenland gewinnen die Überlegungen Enrico Berlinguers über eine gesellschaftliche Umwälzung in einem hochentwickelten kapitalistischen Land wieder an Aktualität.

Leo Mayer

Quellen:

1. Enrico Berlinguer – Kommunistischer Parteiführer und streitbarer Theoretiker, Harald Neubert, Grundsatzkommission der PDS, Juli 2002
- 2.
3. Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer, Harald Neubert, VSA-Verlag, 2009
4. Die Hypothek des kommunistischen Erbes, Harald Neubert, VSA-Verlag, 2002
5. „Wir bleiben bei unseren Vorbehalten“, Interview mit Enrico Berlinguer, DER SPIEGEL 46/1964
6. „In Osteuropa sind Reformen nötig“, Interview mit Enrico Berlinguer, DER SPIEGEL 9/1982
7. „Nachruf auf Enrico Berlinguer“, DER SPIEGEL, 25/1984
8. „Alptraum in Rom“, DER SPIEGEL 9/2008
9. „Zur Sozialismus- und Internationalismus Diskussion“, Parteivortrag der DKP, 1977
10. „Führung der Italienischen KP handelt gegen die Interessen des Friedens“, UZ, 26.1.1982 (zur Erklärung der PCI zu Polen)
11. „Wasser auf die Mühlen der Reaktion, UZ, 1.2.1982, (zur Erklärung der PCI zu Polen)
12. „Wem nutzt die Veröffentlichung dieses Interviews“, UZ, 4.3.1982, (zum Interview des SPIEGEL mit Enrico Berlinguer)
13. „Über »Revisionismus« und »Revisionismus-Kritik« in junge Welt und anderswo“, junge Welt 10./11.12.2007, Robert Steigerwald
14. „Die Luxemburg-Legende“, Hans-Peter Brenner, jw, 06.09.2011